

Medienmitteilung

Bern, 11. Februar 2020

Das Nein zur Begrenzungsinitiative ist ein Ja zu Arbeitsplätzen

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst die ablehnende Haltung des Bundesrates zur «Begrenzungsinitiative». Der Wohlstand der Schweiz begründet sich aus der wirtschaftlichen Offenheit. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen.

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist im vollen Gang. Die Ausschöpfung des Inländerpotenzials wird zu einem wichtigen Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Ein Ersatz für Arbeitskräfte aus dem Ausland sind diese Massnahmen jedoch nicht. Selbst wenn das inländische Arbeitskräftepotenzial bestmöglich ausgeschöpft wird, sind die Schweizer Wirtschaft und insbesondere die KMU auch in Zukunft auf gut qualifizierte Personen aus dem Ausland angewiesen. In den nächsten Jahren werden mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazukommen. Der Mangel an Fachkräften wird sich also künftig noch verschärfen.

Die Personenfreizügigkeit ist Teil der Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU, die Schweizer Firmen den Marktzugang gewährleisten. Wird infolge Annahme der Begrenzungsinitiative das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt, wird das ganze bilaterale Vertragspaket mit der EU in Frage gestellt. Daraus würden sich für die Schweizer Unternehmen Nachteile beim Marktzugang zur EU ergeben.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 20, Mobile 079 285 47 09

Dieter Kläy, Dossierverantwortlicher, Tel. 031 380 14 45, Mobile 079 207 63 22

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht.